

Wirtschaftsdienst

Kriegswirtschaftliche Berichte über das Ausland

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 24.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 12. Fernspr. Gr. 1, 2447—51

Nr. 27

Hamburg, den 6. Juli

1917

Inhalt

Chronik der Kriegszinzen.....	Seite 421	Vermischtes:	
Englisches Freihändlertum und Pariser Wirtschafts-konferenz	„ 423	Die Zuckervorräte Rußlands bis zur neuen Kampagne	Seite 438
Indien und der Krieg	„ 425	Neue Banken in Finnland	„ 438
Die Lage der russischen Industrie nach der Revolution	„ 427	Der Handel von Aken	„ 438
Englands Schiffahrt	„ 429	Wirtschaftskrieg in Rhodesta	„ 438
Abessinians Bedeutung für Europa	„ 431	Erlösch der Schlafkrankheit in Uganda	„ 439
Französisch Westafrika	„ 433	Wichtige Neueingänge	„ 439
Ein Bericht über die Standard Oil Company	„ 435	Kurse überseeischer Wertpapiere	„ 439
Bericht über den Weltmarkt für Getreide	„ 436	Internationale Wechselkurse	„ 440

(Nachdruck nur mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet)

Chronik der Kriegszinzen

Die anglo-amerikanische Presse stellt es als eine besonders erfreuliche Tatsache hin, daß auf die Freiheitsanleihe der Vereinigten Staaten 4 Millionen Einzelzeichnungen eingegangen sind und daß von diesen 4 Millionen nur 21 auf Zeichnungen über 5 Mill. \$ (im Gesamtbetrag von 190 Mill. \$) entfallen, während 99 % der Zeichner sich mit 50 \$ bis 10000 \$ beteiligt haben. Um diese Zahlen würdigen zu können, müßte man zunächst wissen, welcher Gesamtbetrag von dieser Gruppe stammt und welcher Betrag von der Gruppe derer aufgebracht worden ist, deren Zeichnungen sich zwischen 10000 \$ und 5 Mill. \$ bewegen. An die Zahlen der letzten deutschen Kriegsanleihe reichen die amerikanischen in keinem Fall heran: hier wurden bei einem ähnlichen Anleiheergebnis, aber einer um 30 Prozent niedrigeren Bevölkerungszahl, über sieben Millionen Zeichnungen gezählt, von denen fast sechs auf Zeichnungen unter tausend Mark entfielen.

Der Rest der Fünf-Milliarden-Emission soll im Herbst gegeben werden. Für die zweifelhafte Unterbringung der Anleihe ist es bezeichnend, daß bisher keine Kurse über den Ozean gemeldet sind.

Der Wall Street-Korrespondent der Financial News berichtet, daß man sich im Schoß der amerikanischen Regierung mit dem Gedanken trage, die Steuerfreiheit der Kriegsanleihe auf einen Besitz von 100000 \$ zu beschränken. Es ist indessen möglich, daß eine solche Meldung nur dazu dienen soll, die Börse zu beeinflussen, indem sie eine Aufwärtsbewegung der andern amerikanischen Anlagewerte in Aussicht stellt.

Man schätzt die Einkäufe, die die europäischen Verbündeten durch Vermittlung des amerikanischen Einkaufsbüros (mit dessen Funktionen nach neueren Meldungen doch wieder das Haus Morgan betraut werden soll) machen werden, auf 500 Mill. \$ monatlich. Davon sollen 400 Mill. \$ aus dem Kredit der nord-amerikanischen Regierung, 100 Mill. \$ aus den eigenen Mitteln der Käufer aufgebracht werden. Der den Verbündeten eingeräumte Kredit von 3 Milliarden würde demnach höchstens 7 1/2 Monate reichen.

Der Goldbestand der Vereinigten Staaten wurde am 1. Mai 1917 mit 3121,9 Mill. \$ angegeben. Im Umlauf und in den Kassen der privaten Banken befanden sich davon

678,2 Mill. \$ in Goldstücken und 1812,9 Mill. \$ in Form von Goldzertifikaten, für die volle Golddeckung beim Schatzamt hinterlegt ist, zusammen also 2491,1 Mill. \$. In den Kassen des Schatzamts befanden sich 218,1 Mill. \$ Gold (ohne die Deckung der Goldzertifikate). Die Bundes-Reservebanken und Bundes-Reserveagenten hielten gegen Bundes-Reservenoten 11,1 Mill. \$ in Goldstücken und 401,6 Mill. \$ in Goldzertifikaten, zusammen 412,7 Mill. \$. Die eigenen Goldbestände der Bundes-Reservebanken sind in der Zahl des „Goldumlaufs“ enthalten. Sie betragen am 4. Mai 557,7 Mill. \$, etwa die Hälfte davon entfällt auf die Bundes-Reservebank von New York. Als stets verfügbare Währungsreserve kommt nur diese Summe in Betracht; nur sie läßt sich mit den Goldbeständen der europäischen Notenbanken vergleichen. Sie beträgt aber, wie man sieht, nur etwa ein Sechstel des Goldbestandes des ganzen Landes.

Der Bestand an Standard-Silberdollars wird mit 568,3 Mill. \$ angegeben, der Betrag der Silber-Scheidemünzen mit 197,8 Mill. \$.

An Staats-Papiergeld fanden aus 346,7 Mill. \$ (davon 338,6 im Umlauf), an Bundes-Reservenoten 451,7 Mill. \$ (449,1 Mill. \$), an Bundes-Reservebanknoten 11,1 Mill. \$ (11,0 Mill.), an Nationalbanknoten 717,5 Mill. \$ (701,5 Mill.).

Der gesamte Geldumlauf der Vereinigten Staaten wird mit 4736,8 Mill. \$ angegeben, der Bestand der Staatskassen mit 265,5 Mill. \$, der gesamte Goldbestand 5415 Mill. \$. Auf eine Bevölkerung von 103,9 Mill. Menschen berechnet, ergibt sich die außerordentlich hohe Kopfquote von 45,61 \$ zirkulierenden Geldes (für Deutschland 1913 auf 89 M. geschätzt).

Die Vermehrung des Geldumlaufs allein in den zwölf Monaten, die Ende April 1917 abschließen, beträgt 826,5 Mill. \$, d. h. mehr als 20 %. Diese Steigerung entspricht genau der Vermehrung der Goldmünzen und der durch Gold gedeckten Zahlungsmittel, der Zuwachs beträgt nämlich hier 52,3 Mill. \$ Goldmünzen, 512,0 Mill. \$ Goldzertifikate und 266,9 Mill. \$ Bundes-Reservenoten. Diese Noten sind nicht zu verwechseln mit den nicht ganz durch Gold gedeckten Bundes Reservebanknoten; zu ihrer Deckung waren in Goldmünzen und Goldzertifikaten hinterlegt am 1. Mai 1917 412,7 Mill. \$, gegen 170,2 Mill. \$ am gleichen Tage des Vorjahres.

Bemerkenswert ist das Wachstum des Silberumlaufs: an Scheidemünzen waren im Umlauf 191,6 Mill. \$, gegen 167,4 Mill. \$ vor einem Jahr. Der Silberdollarumlauf ist allerdings von 487,5 auf 480,7 Mill. \$ zurückgegangen. Immerhin verbleibt ein Mehrbedarf von 17,4 Mill. \$. Der Umlauf von Noten der Nationalbanken ist um 30 Mill. \$ zurückgegangen.

Der englische Schatzkanzler hatte im Parlament die täglichen Kriegskosten Englands mit 7,884 Mill. £ (das Komma war durch ein technisches Versehen in unserer letzten Chronik ausgefallen) angegeben. Diese Zahl war im Lande mit einiger Bestürzung angenommen worden. Sie mußte um so beunruhigender wirken, als die wöchentlichen Ausweise niedrigere Summen angegeben hatten. Diese Differenz ist vom Schatzkanzler damit begründet worden, daß die wirklichen Ausgaben sich nicht gleich am Schluß der Fiskalwoche überschauen ließen. Dieser Hinweis ist aber nicht geeignet, die Frage zu beantworten; denn es handelt sich nicht um Differenzen im allgemeinen, sondern um ein ständiges Mehr von täglich 428 000 £.

Es ist nun ganz interessant zu sehen, daß dieses, bisher verschwiegene, Mehr ziemlich genau einer Zahl entspricht, über die der Schatzkanzler auch jetzt keine erschöpfende Auskunft geben will. Es handelt sich hier um die „Vermischte Ausgaben“, die Ende 1916 täglich 103 000 £ erforderten, im neuen Fiskaljahr aber täglich 514 000 £. Die Steigerung wird von Bonar Law zurückgeführt auf Transportkosten zu Land und zur See, einschließlich Schiffskäufe, Nahrungsmittelleinkäufe und Kriegserentenzahlungen (die jetzt wöchentlich 250 000 £ erfordern). Es scheint, daß hier eine der finanziellen Wirkungen des Tauchbootkrieges sichtbar wird.

Man hat einen Ausschuß eingesetzt, der prüfen soll, ob das Land auch „genug für sein Geld“ erhält. Die Überzeugung scheint allgemein zu sein, daß die Steigerung der Ausgaben zum großen Teil auf die mangelnde Ökonomie in der Beschaffung des Kriegsbedarfs zurückzuführen ist.

Von den Vereinigten Staaten hatte Großbritannien Mitte Juni 500 Mill. \$ Kredite erhalten. Die Rückzahlung der 50 Mill. \$, die in einer Bankgruppe in New York aufgenommen waren, erfolgte, wie der Times berichtet wird, zum Teil durch „Übertragung von Gold bei der Bank in England“. Die Bundes-Reservebank in New York weist daher einen Posten „Gold im Auslande“ in Höhe von 18,7 Mill. \$ auf. Wird dieser Betrag trotzdem weiter als Goldbestand der Bank von England aufgeführt? Wir müssen es vermuten.

Die Ausgaben in der Woche vom 16.—23. Juni betragen 33,3 Mill. £, darunter 1 Mill. £ für Zinsendienst. Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 8 Mill. £, die Begebungen an Erchequer Bonds auf 3 Mill. £ (gegen 2,6 Mill. £ in der Vorwoche). Zurückgezahlt wurden 8,9 Mill. £ Schatzwechsel und 16 Mill. £ Vorschüsse, aufgenommen wurden 37,4 Mill. £ durch Schatzwechsel, 8 Mill. £ durch Vorschüsse. Der Betrag der ausstehenden Schatzwechsel wuchs also von 28,5 auf 64,3, 1 Mill. £.

An staatlichen Papiergeld waren in der letzten Juniwoche im Umlauf: 145,46 Mill. £ Schatznoten (in der Vorwoche 144,04 Mill.) und 16,22 Mill. Zertifikate (16,10 Mill.). Der Tilgungsfonds enthält 28½ Mill. £ Gold und 132,48 Mill. £ Regierungssicherheiten.

Am 28. Juni wies die Bank von England eine Abnahme des Schatzamts-Guthabens von 11 Mill. £ auf. Die privaten Guthaben stiegen um 5,7 Mill. £ auf 125,1 Mill. £, trotzdem eine ebenso große Abnahme der „privaten“ Anlagen zu verzeichnen war. Der Barvorrat stieg um 900 000 £ auf 57,5 Mill. £, der Notenumlauf um 580 000 £ auf 39,4 Mill. £.

Die Bank von Frankreich weist Ende Juni eine Erhöhung des Goldbestandes um 3 Mill. Frs. auf. Das Auslandsguthaben ist um 45 Mill. gefallen, der Posten: Vorschüsse an Verbündete dagegen um 40 Mill. vermehrt. Die Darlehen an Private sind um 31 Mill. verringert, während der Wechselbestand um 66 Mill. zugenommen hat. Der Notenumlauf ist auf den Rekordstand von 19 823 Mill. Frs. angelangt, das Staatsguthaben auf nur 34 Mill. Frs. gesunken.

Aber die Steuerprojekte des französischen Ministeriums werden noch folgende Einzelheiten bekannt: die Kriegsgewinnsteuer, deren Satz anfangs 50%, seit Dezember 1916 60% betrug, soll künftig so gestaffelt werden, daß die Besteuerung von 50 auf 80% (bei einer Million Kriegsgewinn) steigt. Von den Eisenbahnen werden Abgaben erhoben; ihre Einnahmen sollen gesteigert werden. Die im Jahre 1880 abgeschafften Binnenschiffahrts-Abgaben sollen wieder eingeführt werden. Die Ausschanklizenz wird nach dem Mietwert der Grundstücke abgestuft. Der Konsum von Gas und Elektrizität wird mit 5% belegt. Der Besuch der Museen wird künftig in der Woche einen Franken, am Sonntag 50 Centimes kosten; nur am Sonntag nachmittag soll der Eintritt frei sein. Insgesamt sollen die Steuer 1200 Mill. Frs. erbringen. Davon entfallen auf Verbrauchs-, Porti- und Museensteuern 450 Mill., auf Abänderungen bestehender Steuern 200 Mill., auf Quittungs- und Zahlungssteuern 450 Mill. Frs. Für den Zustand der französischen Finanzen ist es bezeichnend, daß strittige Kriegsgewinnsteuerbeträge zur Hälfte sofort eingezahlt werden müssen: man hofft so den Eingang von 200 bis 300 Mill. Frs. um 7 bis 8 Monate beschleunigen zu können.

Nach Zeitungs-Meldungen sollen im Haushaltsausschuß die künftigen Friedensausgaben des Staates auf 9½ Milliarden geschätzt sein (Zinsendienst 4,5, Zivildbudget 3, Pensionen 2 Milliarden.) In diesem Betrag sind aber weder die Reetablissemenskosten noch die gesteigerten sozialen Lasten enthalten. Bei der Berechnung der Zivilausgaben dürfte man zudem die Preissteigerung außer Ansatz gelassen haben.

Von dem Chaos der russischen Finanzen vermitteln einige aus dem Zusammenhang gerissene Zahlen kaum einen Begriff. Der Finanzminister stellt fest, daß das Volk sich in immer größerem Umfang weigert, die direkten Steuern zu zahlen. Zu neuen Notenemissionen könne die Regierung auch keine Zuflucht nehmen, denn die Tätigkeit der Notenpresse könne nicht weiter gesteigert werden. Allein die Erhöhung der Soldatenlöhne erfordere eine jährliche Mehrausgabe von 500 Mill. Rubel, die der Eisenbahnangestellten mehr als 230 Mill., die der Postangestellten 100 000 Rubel. Der Rubelfuß, der in Stockholm noch am 22. Mai 94,50 notierte, war Ende Juni auf 74,00 angelangt. Die Münzparität liegt bei 192.

Die ausländischen Devisenmärkte standen im Zeichen der deutschen Goldexporte, die den Stand der Mark überall gebessert und befestigt haben. In Amsterdam hob sich vom 25. Juni bis 2. Juli die Mark von 33,15 auf 34,75, in Zürich von 66,50 auf 69,00, in Kopenhagen von 47,50 auf 50,00 (3. Juli), in Stockholm von 44,50 auf 46 (30. Juni). Währenddessen bröckelten die Kurse des Pfund Sterling und des Franken, aber auch des holländischen Gulden und des Dollar auf den skandinavischen und schweizer Märkten immer weiter ab.

In Zürich ging der Dollar, der noch vor einem Monat auf 5,04 gestanden hatte, von 4,88 auf 4,83, der holländische Gulden von 201,50 auf 200,00, das Pfund Sterling von 23,32 auf 23,05, der Frank von 85,25 auf 84,25 zurück; nur die italienische Valuta hob sich, wenn auch nur unbedeutend, von

66,40 auf 67,00. — In Kopenhagen gab der Dollarkurs von 348 auf 347 nach, der Pfundkurs von 16,35 auf 16,30; in Stockholm der Dollar von 3,32 auf 3,30 (30. 6.), das Pfund von 15,42 auf 15,36 (30. 5.)

In Amsterdam hob sich der Dollar zwar von 242,50 auf 242,75; das Pfund von 11,54 $\frac{3}{4}$ auf 11,57 $\frac{1}{2}$, der Frank von 42,25 auf 42,32 $\frac{1}{2}$. Gleichzeitig stiegen aber die skandinavischen Kronen von 70,50 auf 70,85 (Dänemark) und 73,15 auf 74,15 (Schweden). In New York blieb der Kurs des Pfund Sterling auf der gewählten Parität. Der Frank, der sich vor einer Woche zu

erholen schien, sank wieder so, daß für einen Dollar 5,76 Frs (bei einer Münzparität von 5,18 Frs.) aufgewendet werden müssen. Der Rio-Kurs ist auf 14 d angelangt.

Es ergibt sich also, daß die schwedische Krone (auf die Münzparität berechnet), ein Aufgeld gegen den Dollar von 11,5 % aufweist, die dänische Krone ein Aufgeld von 7 %, der Schweizer Franken ein Aufgeld von 6,8 %. Der holländische Gulden steht in Stockholm 11,2 %, in Kopenhagen 6,3 %, in Zürich 3,9 % unter der Münzparität.

Dr. Singer

Englisches Freihändlertum und Pariser Wirtschaftskonferenz

Es gehört zu den Besonderheiten der Nachrichtenverbreitung während des Krieges, daß die Öffentlichkeit in allen Ländern sich in der Regel nur mit den radikalsten Verlautbarungen des Auslandes befaßt. Die mittleren Töne verhallen ungehört, und so entsteht ein Bild der ausländischen Zustände, welches statt der immer mannigfach gemischten Erscheinungen der breiten Wirklichkeit nur scharf zugespitzte Einseitigkeiten bietet, durch welche alle Gegenätze ins Unüberbrückbare erhoben erscheinen. Um für ein Sondergebiet eine Korrektur solcher Betrachtung zu bieten und die Auffassung zu zerstreuen, als ob „die Engländer“ schlechthin den großmächtigen Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz zustimmten, wurde im Folgenden das Vorwort des Buches „The New Protectionism“ (London 1916) übertragen, dessen Verfasser, J. A. Hobson, zu den führenden Theoretikern der noch immer blühenden englischen Freihandelschule gehört. Da der größte Teil seiner Darlegungen im „Manchester Guardian“ erschienen ist, so darf angenommen werden, daß es ihnen an Widerhall nicht gefehlt hat.

Den englischen Anklagen gegen Deutschlands Wirtschafts-intrigen wird das bemerkenswerte Zeugnis entgegengestellt, daß Deutschland vorangekommen sei durch „die Waffen der Organisation, geschmiedet durch Gehirn, Willen und Fleiß“ (S. 102). Nach der Feststellung, daß der neue Protektionismus nicht nur eine komplizierte Form der Narrheit, sondern geradezu ein Verbrechen sei (S. 113), wird in dem Schlußkapitel „The Open Door“ eine neue Formel gesucht, um die sich scheinbar widerstreitenden Ansprüche durch internationale Gebietskartelle und ähnliche Verträge auszugleichen. Den Pfad der Sicherheit und des Wohlstandes führe in fortschreitender Bewegung der ökonomische Internationalismus, nicht eine Umkehr zu nationaler Ökonomie, welche für ein Land wie England undurchführbar und in jedem Falle ein Verrat an der Zivilisation und der Menschheit sein würde.¹⁾ Das Vorwort lautet:

„Es ist nicht meine Absicht, in den folgenden Kapiteln das ganze Feld der Streitfragen zwischen Protektionisten und Freihändlern zu durchschreiten, das in den Jahren, welche den Chamberlainschen Vorschlägen 1902—1905 folgten, so intensiv beachert wurde. Dieser Krieg hat das Fiskalproblem unter einen neuen Aspekt gestellt. Die Protektionisten haben in den durch den Krieg bedingten Bündnissen und Spaltungen zwischen Nationen, in den Notwendigkeiten und Befehlen der Kriegswirtschaft einen neuen Grund der Hoffnung und eine Gelegenheit für die Erreichung ihrer Ziele erblickt. Während des Krieges bildet der Handel des Feindes einen Teil seiner Hilfsquellen und wird mit Recht zum Gegenstand des Angriffs gemacht. Es ist nicht schwer, in der allgemeinen Atmosphäre der internationalen Gegenätze eben diesen Handel als unseren Interessen widerstreitend und als eine mögliche Quelle der Gefahr für unser Land auch in Friedenszeiten darzustellen. Man betont, daß das

Wiederaufleben und Wachsen von Deutschlands Handel und Industrie nach dem Kriege diesem ermöglichen wird, einen neuen Krieg vorzubereiten. Wir müßten deshalb das nur mögliche tun, dies Wiederaufleben zu verhindern und das Anwachsen zurückzuhalten. Darüber hinaus wird gesagt, daß deutsche Geschäftsleute ihr privates Gewinnstreben politischen Zielen unterordneten, daß sie ihre Methoden des Dumping, des Einfallens in fremde Märkte, der finanziellen Durchdringung nur betrieben, damit die so erreichte wirtschaftliche Oberherrschaft („economic domination“) in die Dienste eines mächtigen, angriffswilligen Staates gestellt werden könne. Dieser Staat wird betrachtet als mit Nachbarn sich verbündend und solche sich unterjochend, um mit ihnen ein politisch und wirtschaftlich mächtiges System von Zentral-Europa zu bilden, das seine kommerziellen und finanziellen Fingarme ausstrecken wird, um andere neutrale Staaten heran zu schleifen. Diese ungeheuerliche Drohung einer deutschen Weltmacht auf politischem, wirtschaftlichem und, wenn die Zeit gekommen sein wird, auch auf militärischem Gebiete läßt unsern neuen Protektionismus vor der überhitzten und verwirrten Einbildung unseres Publikums paradiereen.

Meine Absicht ist, erstens den Wirklichkeitsgehalt dieser wirtschaftlichen Drohung zu betrachten und zu prüfen, zweitens die Tauglichkeit der Maßregeln, welche in Vorschlag gebracht worden sind, um ihr zu begegnen. Der neue Protektionismus unterscheidet sich von dem alten insofern, als er versucht, die gegenwärtige Kriegskarte der Welt, mit ihren Einteilungen in Kriegführende, Verbündete und Neutrale dem Protektionismus von 1903—05 unterzuschieben, der beabsichtigte, den Schutz der britischen Industrie mit engeren Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sich selbst regierenden Kolonien und dem Mutterland zu verbinden. Es ist keine leichte Aufgabe, den neuen Protektionismus in begrenzter und faßlicher Gestalt aus der allgemeinen Rhetorik herauszulösen, in welche er von den meisten seiner Verfechter gehüllt wird. Seine hauptsächlichsten Präorgane — die Morning Post, die Northcliffe-Blätter, und seit neuerlicher Bekämpfung der Spectator — stimmen untereinander weder hinsichtlich des Bereichs der Gegenstände noch der Methoden überein, und die Handelskammern — mehr mit geschäftlichen als mit politischen Angelegenheiten befaßt — formulieren Vorschläge, welche betrübender Weise um jenes Element von „defence“ zu kurz kommen, das für die politischen Enthusiasten von primärer Bedeutung ist.

Die einzige Tatsache, welche uns bei unserer Auslegung des neuen Protektionismus leiten sollte, ist, daß der bewegende und formende Geist durch den augenscheinlichen Wunsch gewisser Gruppen von Geschäftsleuten gebildet wird, welche die durch den Krieg und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der augenblicklichen Sachlage geschaffenen Gefühle der Freundschaft und der Gegenfälligkeit ausbeuten möchten zur Herbeiführung einer allgemeinen Politik, die ihnen privaten Profit einbringen soll. Eine Menge anderer Leute wird durch patriotische und nicht-

¹⁾ Ein späterer Aufsat über britische Reichsprobleme wird Veranlassung geben, auf den Sachgehalt des Buches kritisch einzugehen.